

Gravierende Nachteile

Zu: „Grüne Weihnachten“, FR-Tagesthema vom 18. Dezember

Der Online-Handel sei besser als sein Ruf heißt es unter dem Stichwort „Einkaufen“. Seine Klimabilanz sei besser, da das Beheizen und Beleuchten der stationären Geschäfte mehr CO₂ verursacht als die Fahrzeuge der Zusteller. Das ist aber nur ein Aspekt unter vielen. Einige werden in dem Beitrag genannt: die miese Bezahlung der Paketzusteller und die Lieferfahrzeuge, die die Straße versperren. Zu ergänzen wären die Verödung der Innenstädte, weil immer mehr Läden aufgeben müssen, und die Versiegelung der Böden und Verschandelung der Landschaft durch riesige Logistikzentren. Und Amazon beutet nicht nur die Fahrer, sondern das gesamte Personal aus und drangsaliert kleine Online-Händler.

Der Online-Handel senkt vermutlich die Hemmschwelle für unüberlegten und unnötigen Konsum. Ein großer Teil der online bestellten Kleider und Schuhe wird zurückgeschickt, was zusätzlichen Verkehr verursacht. Selbst wenn das in der CO₂-Bilanz der Studie berücksichtigt sein sollte, ist es trotzdem ärgerlich, weil die bessere CO₂-Bilanz die gravierenden Nachteile nicht aufwiegt.

Und bei der CO₂-Bilanz der Läden ist ja entscheidend, ob die Heizwärme und der Strom fossil erzeugt wurde oder aus erneuerbaren Energien stammt. Dazu sollten die stationären Händler ermutigt und unterstützt werden

– dafür brauchen sie aber eine Zukunftsperspektive. Wer sich über den Klimateffekt des Einzelhandels Gedanken macht, sollte nicht die Ausweitung des Online-Handels forcieren. Auch wenn die Zurückdrängung des Kommerzes zugunsten öffentlicher Räume in Innenstädten vielerorts wünschenswert ist, so will ich mir doch eine Innenstadt völlig ohne Einkaufsmöglichkeiten nicht vorstellen. Die Forcierung des Online-Handels wird den stationären Handel auf absehbare Zeit auch nicht ganz zum Verschwinden bringen, denn ein Teil der Menschen (darunter ich) will im Ladengeschäft einkaufen. Wenn dies aber immer weniger werden, dann wird nicht nur die finanzielle, sondern auch die Klimabilanz dieser Läden immer ungünstiger, denn die Verkaufsräume müssen für immer weniger Umsatz beheizt und beleuchtet werden. Deshalb und auch wegen der Quasi-Monopolisierung durch Amazon darf der Online-Handel nicht forciert, sondern muss im Gegenteil gebändigt werden. Und die Gewerbemietpreise in den Städten dürfen nicht weiter durch Spekulation nach oben getrieben werden.

Die Empfehlung am Ende des Beitrags, ein Weihnachten ganz ohne das große Shoppen anzustreben, kann ich nur unterstreichen. Eduard Belotti, Augsburg

Diskussion: frblog.de/madrid

Die SPD ist auf dem richtigen Weg

Zu: „Steuerplan empört Unternehmer“, FR-Wirtschaft vom 17. Dezember

Beteiligung der Reichen wäre gut für die Steuermoral

Unternehmer und wirklich Reiche beklagen und empören sich schnell über angeblich konfiskatorische Steuern. Sie haben dafür aber keine guten Gründe. SPD-Chef Walter-Borjans fordert zu recht eine zu erhöhende Erbschaftsteuer ein. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer ist jetzt ebenfalls Programmpunkt der SPD. Wenn die Regierungskonstellation Rot-Rot-Grün tatsächlich wirkmächtig werden sollte, könnte sie in Vorbereitung darauf jetzt konkret z.B. die Vermögensteuer zu einem gemeinsamen Projekt erklären und mit vernünftigen Argumenten bewerben. Das wäre ein Stück für mehr Steuergerechtigkeit. Die wiedererhobene Vermögensteuer würde als Landessteuer Geld für dringende Sozialprojekte in die Länderhaushalte spülen.

Dann würde auch das Jammern über die Bon-Ausgabepflicht bargeldintensiver Betriebe (z.B. Bäcker, Gastronomie etc.) ab 2020 geringer sein, weil die wirklich Leistungsstarken auch zur Staatsfinanzierung beitragen! Nimmt man z.B. das Körperschaftsteueraufkommen der juristischen Personen (z.B. GmbHs oder AGs) in den Blick, wird man erstaunt feststellen, dass Unternehmen mit einer extrem hohen Wirtschaftsleistung lediglich seit vielen Jahre nur zu vier Prozent des Steueraufkommens beitra-

gen. Zudem ist zu vermuten, dass das Körperschaftsteueraufkommen wohl nicht selten eher von kleinen Handwerker-GmbHs gespeist wird und nicht von den zur „Steuervermeidung“ gut beratenen großbetrieblichen Einheiten.

Für die Steuermoral wäre eine angemessene Beteiligung der wirklich Reichen am Steueraufkommen ein Segen. Bestimmt ist die überwiegende Mehrheit der Deutschen für eine Wiedererhebung der Vermögensteuer. Bei dem rot-rot-grünen Gemeinschaftsprojekt sind Gewerkschaften wie IGM und Verdi, die großen Wohlfahrtsverbände und die Kirchen dabei. Die SPD im Bunde mit diesen Partnern könnte ihre „Kampagnen-Fähigkeit“ wieder trainieren, weil sie wie, der FR-Artikel beweist, mit Unternehmern konfrontiert ist, die die „Steuer hassen wie der Teufel den Weihrauch“.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Jedes Einkommen gehört besteuert

Es ist sehr erstaunlich mit welcher Dreistigkeit die „Familienunternehmer“ ein Recht auf leistungsloses Einkommen fordern. Jedes Einkommen gehört besteuert. Bei Kleinstverdienern verfährt der Staat auch so. Auf die Betriebsrente meiner Mutter (62,74 Euro) entfallen 4,50 Euro Steuern, zusätzlich zur Steuer auf die sonstige Altersrente. „Familien- und sonstige Unterneh-

mer“ haben in den vergangenen Jahren ausnehmend gut verdient, das jetzige Gejammer von Herrn Eben-Worlee ist mehr als unglaubwürdig. Hier geht es um Gier, um den Hals nicht voll kriegen, um sonst nichts.

Walter-Borjans ist auf dem richtigen Weg mit seinem Versuch, Firmen- und sonstige Erben angemessen zu besteuern. Es ist schlimm genug, dass die gegenwärtige Erbschaftssteuerregelung unter einem SPD-Finanzminister (Steinbrück) auf den Weg gebracht wurde. Die Quittung für dieses Versagen sozialdemokratischer Politik sind die gegenwärtigen Umfragewerte für die SPD.

Jedes Einkommen gehört besteuert. Dabei spielt es keine Rolle, wer es mal erzielt hat. Eine Familienbesteuerung, bzw. Steuernachlässe innerhalb von Familien sieht unser Steuerrecht aus gutem Grund nicht vor. Die jetzige privilegierte Firmen-(Erben) Nichtbesteuerung gehört schnellstens korrigiert, dem Gejammer der Lobbyisten zum Trotz. Wer das immer noch nicht verstanden hat, kann den sehr guten Artikel: „Vererbte Ungleichheit“ von Wiebke Johanning aus der gleichen Ausgabe der FR lesen, der sehr eindringlich beschreibt, dass sich an der ungleichen und ungerechten Gesellschaft nichts ändert, solange reiche Erben ungebremst Steuervorteile einstreichen. Dieses Geld fehlt dem Staat für Bildung und Infrastruktur.

Herbert G. Just, Wiesbaden

HP_0LES02FRDA - B_180334

